

# Türkei

## Günter Seufert

„Eine Sprache, ein Volk, ein Staat!“ Diesen und andere Slogans riefen am 31. Dezember 2008 Demonstranten vor der Zentrale der staatlichen türkischen Rundfunkanstalt TRT in Ankara. Sie protestierten gegen Kanal Schesch. ‚Schesch‘ ist Kurdisch und bedeutet ‚sechs‘, und Kanal 6 des Staatssenders strahlt seit Beginn 2009 rund um die Uhr ein kurdisches Extraprogramm für den meist kurdisch besiedelten Südosten der Türkei aus. Am Tag davor hatte Premierminister Recep Tayyip Erdogan seinen kurdischen Landsleuten erstmals in ihrer Sprache ein Frohes Neues Jahr gewünscht.

Es war ein historisches Ereignis, denn seit den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat der türkische Staat seiner Bevölkerung ununterbrochen eingeredet, dass es in der Türkei nur eine Religion, nur eine Ethnie und nur eine Sprache gäbe. „Der Staat Türkei bildet mit seinem Territorium und seiner Nation eine unteilbare Einheit. Seine Sprache ist Türkisch“, heißt es noch heute in der Verfassung von 1982.<sup>1</sup> Von 1983 bis 1991 war Kurdisch sogar explizit verboten. Erst seit 2004 dürfen private Kurdischkurse abgehalten werden. Noch immer bestimmt die Verfassung, dass als Muttersprache nur Türkisch unterrichtet werden darf,<sup>2</sup> und noch vor wenigen Jahren führte die Forderung nach Kurdisch an Schulen und Universitäten zu Strafprozessen.

Zu Beginn des Jahres hielten in der Türkei noch viele die Eröffnung des kurdischen TVs nur für ein Manöver der Regierung Erdogan, die in der für den März angesagten Kommunalwahl auch kurdische Stimmen holen wollte. Doch es kam anders. 2009 wurde das Jahr, in welchem die Regierung gründlich mit allen bisherigen Tabus auf einmal brach.

Nur eine Woche später machte die muslimisch-konservative Regierung auch der türkischen Linken gegenüber eine Geste. Sie rehabilitierte Nazim Hikmet, den bedeutendsten Poeten der türkischen Moderne, der 1963, aus der Türkei verbannt, einsam in Moskau verstorben war.

Fast zeitgleich setzte eine neue Verhaftungswelle ein, die dieses Mal jedoch nicht Liberale, Linke oder Kurden traf, sondern Leute, die sich bis Mitte 2008 vollständig sicher fühlen konnten, weil sie extrem nationalistisch auftraten. Im Zuge der Ermittlungen gegen das so genannte Ergenekon-Netzwerk<sup>3</sup> wurde z.B. Ismail Sahin festgenommen, der 1993 zum zweiten Chef der staatlichen Konterguerilla geworden und dann dafür bekannt geworden war, dass er Beziehungen zur Mafia und zu international gesuchten Verbrechern pflegte. In Sahins Wohnung und Büro wurden Pläne von illegalen Waffenlagern gefunden, deren Inhalt sich bestens für Mordanschläge und andere Terrorakte eignet, so Handgranaten, Plastiksprengstoff, Flammenkanonen und Kalaschnikoffs, daneben Jagdgewehre, Leuchtbomben und jede Menge Munition. Zwei solcher Verstecke entdeckte die Polizei auf dem Privatbesitz eines aktiven Offiziers, der sich dem Militär stellte, und damit der zivilen

---

1 Verfassung, Artikel 3, Satz 1 und 2.

2 Verfassung, Artikel 42, Absatz 8, Sat 1 und 2.

3 Vgl. den Beitrag zur Türkei im Jahrbuch 2008.

Strafjustiz entzog. Daneben fand die Polizei auf Sahins Rechner bis in alle Einzelheiten ausgearbeitete Mordpläne. Ziele waren unter anderem der armenische Patriarch Mesrop Mutafyan und prominente Führer der muslimisch-heterodoxen Aleviten. Als Zeitpunkt für die Morde war der März vorgesehen, der Monat der Kommunalwahlen.

Auch europapolitisch war der Januar ein guter Einstieg in das Neue Jahr. Mit seinem engen Vertrauten Egemen Bagis ernannte Erdogan endlich einen eigenen Chef für die Verhandlungen mit der EU.

## Öffnungen

„Öffnung“ (açılım) wurde in der Türkei 2009 zum Schlagwort. Es gab eine Öffnung den Kurden gegenüber, eine Öffnung hin zu den heterodoxen Aleviten, eine Öffnung hin zur Republik Armenien und eine Öffnung zu den christlichen Minderheiten. „Geöffnet“ wurde einerseits die offizielle Diskussion. Erdogan traf sich erstmals mit dem Vorsitzenden der prokurdischen „Partei für eine demokratische Gesellschaft“ (DTP). Die Regierung reaktivierte auch ihren Dialog mit den Aleviten, und Erdogan traf ebenfalls erstmals mit Vertretern der autochthonen christlich Gemeinden der Griechen und Armenier, zusammen.

„Geöffnet“ wurde dadurch auch das bisher in der Praxis sehr enge Verständnis davon, was ein „richtiger Türke“ ist. In der Verfassung steht: „Wer mit dem türkischen Staat durch das Band der Staatsbürgerschaft verbunden ist, ist Türke“.<sup>4</sup> Damit sind alle Staatsbürger auch ethnisch definiert, und der Artikel galt jahrzehntelang als Rechtfertigung dafür, dass Bürger der Türkei, die sich ethnisch anders verstanden, wie z.B. die Kurden, schnell kriminalisiert wurden. Dem stellte Erdogan in zwei programmatischen Reden eine neue Vision entgegen. Jeder solle sich frei als Kurde, Lase, Tscherkesse oder Armenier „outen“ können, und was verbindet, ist die Staatsbürgerschaft der Republik Türkei. Das brachte einen ganz neuen Wind in das politische Geschehen und hat eine interne Reformdynamik ausgelöst. Sie ist heute genauso stark wie der Druck der EU, wenn nicht sogar noch stärker.

## Kommunalwahlen

Zuerst jedoch musste die Regierung im März die Kommunalwahlen überstehen. Bei diesen Wahlen ging es nicht um Bürgermeister, Stadtentwicklung, Verkehr oder den Umweltschutz. Es ging ausschließlich darum, wie viele Stimmen die regierende „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (AKP) erhält und ob sie nach wie vor gesellschaftlichen Rückhalt und damit Legitimität besitzt. Schließlich hatte im letzten Jahr das Militär mit seinem Eingreifen gedroht, und das Verfassungsgericht hatte die AKP als teilweise verfassungsfeindlich eingestuft. In einem zweiten Urteil hatten die Richter des höchsten Gerichts außerdem das Recht des Parlaments, die Verfassung zu ändern, eingeschränkt. Die Kommunalwahlen wurden so zum Gradmesser dafür, ob hohe Richterschaft und Militärs die Regierung erneut in die Enge drängen können oder nicht. Es war deshalb wenig verwunderlich, dass die Bevölkerung politisch hochgradig polarisiert war. 70 Prozent der Wähler achteten den Umfragen nach bei diesen Wahlen weder auf die lokalen Kandidaten noch auf lokale Politik. Sie waren nur für oder gegen Erdogan, für oder gegen den Ergenekon-Prozess, für die weitere Öffnung der Türkei zum Ausland oder für einen autoritären Nationalstaat.

Mit landesweiten 40,1 Prozenten war Erdogans Partei gleichzeitig Gewinner und Verlierer dieser Wahl. Sie wurde zwar stärkste Partei blieb jedoch mehr als 5 Prozent unter

---

4 Verfassung Artikel 66, Abs. 1.

dem Ergebnis der Parlamentswahlen von 2007. Zwar lag die Hauptoppositionspartei, die sozial-nationale CHP, mehr als zehn Punkte hinter der AKP, doch konnte sie genauso zulegen wie die rechtsradikale MHP, die prokurdische DTP und die islamistische SP. Die Wahl zeigte der AKP die Grenzen ihrer Macht und auch, dass nur eine entschlossene und profilierte Politik ihr neuen Erfolg verschaffen können.

### **Außenpolitik**

Zusätzlichen Antrieb verschaffte dann die internationale Lage. Nach dem Wahlsieg Barack Obamas werden die USA 2011 ihre Truppen aus dem Irak abziehen. Irakisch-Kurdistan, das erst durch den Krieg der USA gegen Saddam Hussein als ein Teilstaat entstanden ist, ist dann mit den Arabern des Irak allein. Die haben nicht vergessen, dass innerhalb des Iraks nur die Kurden die Amerikaner unterstützten. Bagdad versucht schon jetzt, die Rechte des neuen Teilstaats zu begrenzen. Sein Anteil am Budget soll sinken, die kurdischen Milizen (Peschmerga) werden von Bagdad nicht mehr finanziert, und die Zentralregierung hat erneut die Kontrolle über die Grenzen übernommen. Noch wichtiger ist, dass der Streit um die Ölstadt Kirkuk aber auch um den Status andere Städte wie Diyala, Chanekin, Mahmur und Shangal, wo Kurden in der Mehrheit sind, die jedoch nicht zum Teilstaat Kurdistan gehören, noch lange nicht entschieden ist. In Kirkuk sind die Spannungen zwischen Kurden, Arabern und Turkmenen so hoch, dass jederzeit Zusammenstöße möglich sind. Ein Referendum um die Zugehörigkeit der Stadt zu Bagdad oder Kurdistan musste verschoben werden. Die Wahlen im Irak haben eine zusätzliche Stärkung der Zentralregierung und einen Annäherung der Schiiten an Bagdad gebracht, was die Kurden im Irak weiter isoliert. Die Kurden des Irak setzen deshalb verstärkt auf die Türkei. Washington unterstützt diese Orientierung und tut alles, um die türkisch-kurdische PKK im Nordirak endgültig zu neutralisieren. Damit wird die Türkei, die die Entstehung von Irakisch-Kurdistan immer verhindern wollte, zur Schutzmacht dieses US-Zöglings.

Als Staatspräsident Abdullah Gül im März in Bagdad mit Nadschirwan Barzani, dem damaligen Ministerpräsidenten Irakisch Kurdistans zusammentraf, war dies das erste Mal, dass ein türkischer Staatsmann jemanden akzeptierte, der als Vertreter eines kurdischen Staates sprach. So musste Gül auf dieser Reise auch erstmals von ‚Kurdistan‘ sprechen, ein Wort, das früher nur Empörung ausgelöst hat. Ministerpräsident Recep T. Erdogan kündigte gleichzeitig eine Politik des Ausgleichs mit den türkischen Kurden an.

Dann ging alles sehr schnell. Schon im November war von einer „strategischen Partnerschaft“ zwischen dem kurdischen Teilstaat im Nordirak und der Türkei die Rede, und der neue Ministerpräsident von Kurdistan Irak Barham Salih empfing als ersten ausländischen Politiker den türkischen Außenminister Ahmet Davutoglu. Die Partnerschaft hat auch ein wirtschaftliches Fundament. In Kurdistan-Irak sind heute 800 türkische Firmen aktiv und circa 500 davon haben dort eine Niederlassung. Das Handelsvolumen zwischen dem Irak und der Türkei liegt bei 7 Milliarden US-Dollar und ist damit mehr als doppelt so hoch wie das der Türkei mit Griechenland. 6 dieser 7 Milliarden werden in Kurdistan realisiert. Mit seinen geschätzten Erdölvorkommen von 45 Milliarden Barrel und Erdgasfeldern in der Höhe von 6.000 Milliarden Kubikmeter ist der kurdische Nordirak ein idealer Partner für die sich ökonomisch rasant entwickelnde Türkei, die selbst – in nennenswertem Umfang – nur über Steinkohle verfügt. Noch hegen die Türken der Türkei den Kurden gegenüber große Vorurteile. Doch bemühen sich besonders muslimisch-konservative NGOs um eine neue Völkerfreundschaft.

Diese Umarmung von Irakisch-Kurdistan wurde mit einer diplomatischen Offensive Ankaras Richtung Bagdad sowie mit einer Annäherung an Syrien und den Iran flankiert. Syrien hatte die Republik Türkei noch 1997 offen mit Krieg gedroht und so die Ausweitung von PKK-Führer Abdullah Öcalan erzwungen. 12 Jahre später heben beide Staaten gegenseitig die Visumpflicht auf, und dieser Schritt ist nur der augenfälligste Ausdruck einer rasanten Verbrüderung. Künftig werden zweimal im Jahr gemeinsame Kabinettsitzungen stattfinden, und in Ankara heißt es, man wolle Damaskus jetzt stärker an sich binden. Auch der Iran hat in den letzten Wochen in der Türkei einen Verbündeten gewonnen. Bei seinem Staatsbesuch Ende Oktober unterschrieb Erdogan nicht nur Erdgasabnahmen großen Umfangs für das sonst nicht überlebensfähige Nabucco-Pipeline-Projekt. Er sprach Iran auch das uneingeschränkte Recht zur friedlichen Nutzung der Kernenergie zu. Erdogan kritisierte außerdem die Haltung westlicher Länder, die auf die Verhinderung einer iranischen Atomwaffe drängen als eine Politik mit zweierlei Maß. Denn niemand mache die Atomwaffen Israels zum Thema.

Am Verhältnis zu Russland hatte sich bereits vorher ganz beispielhaft die Flexibilität der neuen türkischen Außenpolitik gezeigt. Zu mehr als 60 Prozent sind die Türken beim Erdgas von Russland abhängig und konkurrieren gleichzeitig mit Moskau um neue Erdgaspipelines in den Westen. Ankara favorisiert die Nabucco-Pipeline, die Gas aus Zentralasien und dem Iran mitten durch Anatolien und den Balkan bis nach Europa bringen soll und wird darin von der EU gestützt. Moskau kontert mit dem South-Stream-Projekt, eine Röhre, die quer durchs Schwarze Meer von Russland nach Bulgarien führen soll. Während Putin in Zentralasien sich längst genügend Gasfelder gesichert hatte, suchten die Planer von Nabucco noch immer potentielle Lieferanten, die das Projekt rentabler machen sollten. Doch auch das South-Stream-Projekt war gefährdet, der Spannungen Moskaus mit Kiew wegen und durch die Nähe Sofias zu den USA. Statt sich mit Moskau anzulegen, schlug Ankara den Russen gleich zwei Partnerschaftsmodelle vor. South-Stream könne im Schwarzen Meer auch etwas weiter südlich durch türkisches Hoheitsgebiet verlaufen. Denn Ankara ist nicht Sofia und erlaubt sich den USA gegenüber mehr Eigenständigkeit als die Bulgaren. Oder – so Vorschlag Nummer Zwei – Russland verzichtet vollkommen auf South-Stream und legt dafür eine zweite Nord-Süd-Röhre durchs Schwarze Meer zur türkischen Hafenstadt Samsun. In beiden Fällen hätten die Türken auch einen Finger auf dem Gas, Russland hätte auch weiterhin eine zentrale Stellung und auch der Westen hätte etwas davon: ein Stück mehr Sicherheit in Sachen Energie. Bei seinem Besuch in Ankara im August dieses Jahres entschied sich Wladimir Putin dafür, die eigenen Röhren durch türkisches Hoheitsgewässer zu verlegen.

Gegen den Deal erhoben sich in den USA und in Europa viele kritische Stimmen. Als Ankara mit Syrien und später dem Iran die Grundlagen für weitere Partnerschaften legte wuchs im Westen die Besorgnis, dass die Türkei sich von Europa löse. Und Ankara goß noch mehr Öl ins Feuer, als es Israels Teilnahme an Militärmanövern in Anatolien boykottierte. Die Türkei nahm den Israel-Bericht der Vereinten Nationen zum Anlass und fordert ein Revidierung von Tel Avivs Vorgehen in Palästina.

Nur eine außenpolitische Initiative der Türkei fand uneingeschränkt Beifall. Am 1. September unterzeichneten die Türkei und Armenien in Zürich Protokolle, die nach ihrer Ratifizierung in den beiden Parlamenten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die Öffnung der seit 17 Jahren von der Türkei einseitig geschlossenen Grenze und die Einsetzung einer gemischten Historikerkommission zur Vernichtung des Armenischen Volkes

in Anatolien 1915 vorsehen. Sollten die Premierminister Recep T. Erdogan in Ankara und Schersch Sarkisian in Eriwan das Protokoll in ihren Parlamenten, wo es sehr große Widerstände gibt, tatsächlich durchbringen, dann kann im Kaukasus eine neue Ära anbrechen. Es wäre eine Ära europäischer Politik, wenn man darunter Ausgleich und Verhandlungen, Verzicht auf Drohgebärden militärischen Stils, die Überwindung eines engstirnigen Nationalismus, Vertrauen in die friedensschaffende Kraft des Handels und mehr Bereitschaft zur offenen Abrechnung mit den eigenen Sünden in der Vergangenheit versteht. In der Region ist dieser Stil von Politik bisher nur selten anzutreffen. Und das erklärt zu einem Teil die freudigen Reaktionen aus Brüssel und aus Washington, die mit der Entsendung von Javier Solana und Hillary Clinton den Akt der Unterzeichnung aufgewertet hatten.

### **Innenpolitik**

Dieses außenpolitische Feuerwerk fand in der Innenpolitik sehr großen Widerhall. Die nationalistische Opposition und das Militär können sich nur schlecht mit dem Gedanken anfreunden, daß die Türkei nicht länger mehr ausschließlich von Feinden umzingelt ist. MHP und CHP stellten sich gegen die Abkommen mit Armenien und sprachen von einem Verrat am türkischen Brudervolk von Aserbeidschan, wo Armenien noch immer sieben Regierungsbezirke rund um Enklave Berg-Karabach besetzt hält. Das Militär machte – allem Ausgleich mit Kurdistan-Irak zum Trotz – seine anhaltende Bereitschaft deutlich, die dortigen PKK-Stellungen zu bombardieren, wann immer es dies für nötig hält. Auch in der Kurdenfrage wehrten sich die Opposition und die alte Staatselige gegen die Öffnungspolitik der AKP. Obwohl sich diese Politik bisher weitgehend auf Symbolisches beschränkte, hat sie im Lande selbst viel Hoffnung ausgelöst. Von mehr Kompetenzen für Kommunen bis hin zum föderalen Staat, vom Muttersprachenunterricht bis zum Unterricht in der Muttersprache können heute zu fast allen Lösungsmodellen der Kurdenfragen die Meinungen offen vertreten werden. Doch wichtiger als konkrete Modelle ist, ob sich der Staat dazu bereit findet, der PKK bei dieser Lösung auch eine Rolle einzuräumen.

### **Die Bedeutung der Europäischen Union**

Bei diesem Perforce-Ritt der Republik Türkei blieb für Europa wenig Zeit und oft noch weniger Interesse. Der Brüsseler Fortschrittsbericht, der früher wochenlang diskutiert worden ist, fand dieses Jahr nur sehr wenig Beachtung. Als eine Art „Diätberater“ bezeichnete Chefunterhändler Egemen Bagis die EU. Zwar wisse die Türkei im Grunde selber, was ihr gut tut, doch brauche es bisweilen die EU, damit sie es auch tut. Noch entspannter hatte sich wenige Tage vor der Bekanntgabe des Fortschrittsbericht Staatspräsident Abdullah Gül gezeigt. Darauf verweisend, daß die EU-Mitgliedschaft der Türkei neben der Erfüllung der Bedingungen auch noch am positiven Ausgang von Referenden hängt, z.B. in Frankreich, sagte Abdullah Gül: „Wenn bei uns erst einmal europäischer Standart herrscht, wer weiß, vielleicht meinen dann auch die Türken – wie damals die Bevölkerung Norwegens – dass es viel besser ist, der EU gar nicht beizutreten.“ Ankara übernimmt heute vieles vom politischen Stil in der EU und setzt in der Region auf Ausgleich, wirtschaftlichen Austausch und auf Kompromiss. Das macht das Land, das in seiner Region ohnehin wirtschaftlich, politisch und militärisch führend ist, zu einem neuen Zentrum. Weil Ankara die europäische Lektion ein gutes Stück gelernt hat, blickt es gelassener nach Brüssel.

### **Weiterführende Literatur**

- Aydin, M./Iskandaryan, A.: After Soccer Diplomacy: The Turkish-Armenian Relations, Spotlight Europe, Bertelsmann, Berlin 2009.
- Dink, Hrant: Von der Saat der Worte (Texte des Journalisten und Herausgebers der türkisch-armenischen Zeitung AGOS, der 2007 ermordet worden ist), zusammengestellt, übersetzt und herausgegeben von Günter Seufert, Schiler-Verlag, Berlin 2008.
- Fisher, O. N.: Neo Ottomanism, historical Legacies and Turkish foreign Policy, EDAM, Istanbul 2009.
- Independent Commission on Turkey: Turkey in Europe: Breaking the vicious Circle, Open Society Foundation & British Council, Brussels 2009.
- Kramer, Heinz: Türkische Turbulenzen: Der andauernde Kampf um die „richtige“ Republik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2009.
- Küçükcan, T./Güngör V. (Hrsg.): Turks in Europe: Culture, Identity and Integration, Amsterdam 2009.
- SGI- Sustainable Governance Indicators 2009, Turkey Report (Zusammenfassung der Berichte von Yilmaz Esmer, Subidey Togan und Günter Seufert [http://www.sgi-network.org/pdf/SGI09\\_Turkey.pdf](http://www.sgi-network.org/pdf/SGI09_Turkey.pdf), Bertelsmann, Berlin 2009.
- TEPAV- Economic Policy Research Foundation of Turkey: Crisis Measures for the Turkish Economy: A Framework Proposal, Ankara 2009.